

Unterrichtung
durch die Europäische Kommission

Gemeinsames Konsultationspapier der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik:

Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in der Zeit nach 2020

JOIN(2015) 33 final; Ratsdok. 12797/15

Der Bundesrat wurde am 09. Oktober 2015 über die Vorlage gemäß § 2 EUZBLG auch durch die Bundesregierung unterrichtet.

Hinweis: vgl. AE-Nrn. 061328, 070594, 120500



HOHE VERTRETERIN
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Straßburg, den 6.10.2015
JOIN(2015) 33 final

GEMEINSAMES KONSULTATIONSPAPIER

**Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union
und
den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean
in der Zeit nach 2020**

I. Einleitung: eine wertvolle Partnerschaft

Mit diesem Dokument soll eine umfassende öffentliche Konsultation über die wesentlichen Fragen der Zukunft der Partnerschaft und der Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean¹ (AKP) nach 2020 eingeleitet werden. In diesem Sinne ist eine Bestandsaufnahme zum derzeitigen Partnerschaftsabkommen wichtig, damit festgestellt werden kann, inwieweit es sich für die Zukunft noch eignet und als Plattform zur Förderung der gemeinsamen Interessen dienen kann. Daher müssen die Grundannahmen, auf denen die Partnerschaft beruht, sowie der Anwendungsbereich, die Instrumente und die Mechanismen der Partnerschaft gründlich überprüft werden. Die Ergebnisse werden maßgeblich in die Analyse einfließen und so zur Bewertung des derzeitigen Abkommens und zur Formulierung konzeptioneller Vorschläge für die künftigen Beziehungen beitragen.

Die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten reichen weit – in die Zeit vor 1975 – zurück und wurden mit dem ersten Abkommen von Lomé institutionalisiert. Dabei handelte es sich um ein Nachfolgeabkommen des ersten Abkommens von Jaunde aus dem Jahr 1963 zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ehemaligen Kolonien einiger ihrer Mitgliedstaaten. Die aufeinanderfolgenden Partnerschaftsabkommen haben die Beziehungen bis heute maßgeblich geprägt.

Das derzeitige AKP-EG-Partnerschaftsabkommen wurde am 23. Juni 2000 in Cotonou (Benin) unterzeichnet – daher die Bezeichnung „Cotonou-Partnerschaftsabkommen“ (CPA). Wie im Abkommen vorgesehen wurde es in den Jahren 2005 und 2010 überarbeitet. Es wurde für 20 Jahre geschlossen und läuft am 29. Februar 2020 aus. Die Partnerschaft ist sehr umfassend: So hat das Abkommen eine politische Dimension und enthält Bestimmungen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit bei der Entwicklungsfinanzierung. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), einem mehrjährigen außerbudgetären Fonds, der sich aus direkten Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten speist. Ergänzend dazu können die unter den EU-Haushalt fallenden Finanzierungsinstrumente für die EU-Außenbeziehungen zum Einsatz kommen. Das CPA ist ein rechtsverbindliches Abkommen, mit dem gemeinsame Organe eingesetzt wurden und das einen Rahmen für den Dialog mit den einzelnen Mitgliedern bietet. Damit sind die Abkommen mit den AKP-Staaten seit vielen Jahren ein Kernstück der Außenbeziehungen der EU.

Ein sich rasch wandelndes Umfeld

Diese Überprüfung der Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten erfolgt im Kontext einer sich rasch wandelnden und zunehmend multipolaren Welt. Unter dem Einfluss der Kräfte, die in den frühen 1990er-Jahren den globalen Wandel ausgelöst haben, verändert sich die Welt stärker und schneller denn je. Die Weltbevölkerung wächst, die globale Vernetzung und Verflechtung nehmen zu, die Welt wird immer komplexer und neue

¹ Die Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean wurde 1975 mit dem Abkommen von Georgetown gegründet.

Sicherheitsherausforderungen kommen hinzu. Der Welthandel hat sich erheblich ausgeweitet und diversifiziert. Die Wirtschaft Asiens ebenso wie seine politische Bedeutung dürften weiter wachsen und auch in Afrika und Lateinamerika werden voraussichtlich weitere Wirtschaftsmächte entstehen.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich sowohl die EU als auch die Gruppe der AKP-Staaten weiterentwickelt und ihre Beziehungen haben sich maßgeblich verändert. Die Gruppe der AKP-Staaten ist auf 79 Mitglieder angewachsen und die EU hat die Zahl ihrer Mitgliedstaaten auf 28 erhöht. Zusammen stellen sie damit die Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und haben eine Bevölkerung von insgesamt 1,5 Milliarden Menschen. Die Beziehungen gehen längst über Entwicklungszusammenarbeit und Handel hinaus. Die Partnerschaft mit den drei Regionen, aus denen die AKP-Gruppe besteht, wurde auch außerhalb des Abkommens von Cotonou – aber stets in Wechselbeziehung dazu – gepflegt, wie die Strategische Partnerschaft Afrika-EU², die Gemeinsame Partnerschaftsstrategie Karibik-EU³ und die Strategie für eine verstärkte Partnerschaft mit den Pazifik-Inseln⁴ zeigen. Die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen wurde ebenfalls ausgebaut, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht und in Bezug auf Frieden und Sicherheit. Ferner wurden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) geschlossen, die einen neuen Rahmen für die Handelsbeziehungen mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten bilden.

Im September 2015 hat die internationale Gemeinschaft einen neuen globalen Rahmen mit Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) und mit entsprechenden Finanzierungsvorgaben verabschiedet, um die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung, die miteinander zusammenhängen, gleichzeitig anzugehen. Untermuert wird das Ganze durch eine neue „Globale Partnerschaft“ zur Mobilisierung aller Umsetzungsmittel und aller Akteure. Die angestrebte Allgemeingültigkeit für alle Länder bringt eine völlig neue Sichtweise von Entwicklung mit sich, was sich auch in den künftigen Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU niederschlagen wird.

Hinsichtlich der Wirtschaftsleistung stellt sich die Lage innerhalb der AKP-Gruppe unterschiedlich dar. Alle Karibikstaaten – außer Haiti – gehören mittlerweile zu den Ländern mit mittlerem oder hohem Einkommen, stehen aber immer noch vor großen Herausforderungen, insbesondere wegen ihrer Anfälligkeit für externe Schocks und Naturkatastrophen. Die Pazifikstaaten sind wirtschaftlich auf sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand und die meisten von ihnen sind aufgrund ihrer Größe und geografischen Lage mit erheblichen Problemen konfrontiert. Hinzu kommen ähnliche Probleme der Anfälligkeit wie bei den Karibikstaaten. In Afrika hat sich die Wirtschaftsleistung insgesamt gut entwickelt: Die meisten Länder verzeichneten über zehn oder mehr Jahre in Folge ein hohes Wirtschaftswachstum. Die Armutsbekämpfung ist in den AKP-Staaten

² Auf der Grundlage der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU, die von den Staats- und Regierungschefs auf dem zweiten EU-Afrika-Gipfeltreffen im Jahr 2007 angenommen wurde. Der derzeitige Fahrplan 2014-2017 wurde auf dem vierten EU-Afrika-Gipfeltreffen im Jahr 2014 vereinbart.

³ Im November 2012 billigte der Rat der EU die Gemeinsame Partnerschaftsstrategie EU-Karibik, die auf den Beschluss des Gipfeltreffens EU-CARIFORUM vom Mai 2010 in Madrid zurückgeht. Die CARIFORUM-Minister billigten die neue Strategie auf ihrem jährlichen Ministertreffen im November 2012.

⁴ KOM(2006) 248 endg.

vorangekommen, wie die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDG) zeigen. Es besteht noch beträchtlicher Handlungsbedarf, was die menschliche Entwicklung und die Beseitigung von Armut und Ungleichheit angeht, die vielerorts Ursache für offene Konflikte, erhöhte Fragilität, nicht enden wollende Krisen und zunehmende Migrationsströme in der Welt sind. Die Einbindung in regionale und globale Wertschöpfungsketten ist noch begrenzt, vor allem im Falle der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC).

II. Gemeinsame Grundsätze und Interessen (die Frage nach dem „Was“)

Der Schwerpunkt der AKP-EU-Partnerschaft lag anfangs auf der Entwicklungshilfe und dem Handel, was eine Geber-Empfänger-Beziehung widerspiegelte. Im Laufe der Zeit änderten sich jedoch die Rahmenbedingungen und die Beziehungen, so dass gemeinsame Interessen in den Mittelpunkt der Partnerschaft rückten. Mit dem im Jahr 2000 unterzeichneten CPA wurde die politische Säule der Partnerschaft erheblich verstärkt und ein substantieller politischer Dialog mit den AKP-Staaten und -Regionen als Element in das Abkommen aufgenommen, allerdings ohne dass dies nennenswert zu einem gemeinsamen Agieren der EU und der AKP-Gruppe als Partner auf der internationalen Bühne beigetragen hätte. Darüber hinaus erhielt das CPA eine Friedens- und Sicherheitsdimension, die sich im Rahmen der Partnerschaft Afrika-EU am schnellsten weiterentwickelt hat; von diesem Trend zeugt auch die engere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Bürger im Falle der karibischen Staaten und in den Bereichen Klimawandel und Gleichstellung der Geschlechter im Falle der pazifischen Staaten. Der Abschluss von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Mehrzahl der AKP-Staaten hat dazu geführt, dass die handelspolitische Säule des CPA durch differenzierte Beziehungen mit verschiedenen regionalen Gruppierungen abgelöst wurde.

Die künftigen Beziehungen werden an die neuen Gegebenheiten einer mehrdimensionalen, multilateralen Partnerschaft anzupassen sein. Da die besten Ergebnisse erzielt werden, wenn die EU und die AKP-Partner eine wirklich gemeinsame Agenda verfolgen, ist für die künftige Ausrichtung der Partnerschaft die Ermittlung von starken gemeinsamen Interessen und von gemeinsamen Werten entscheidend. Nach vorläufiger Einschätzung lassen sich folgende wesentliche gemeinsame Interessen und Grundsätze nennen, doch bedarf es noch weiterer Konsultationen und Überlegungen.

Gemeinsame globale Interessen in einer multipolaren Welt

Solide politische Bündnisse auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in globalen Fragen. Die AKP-Staaten und die EU haben ein gemeinsames Interesse an der Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der globalen öffentlichen Güter und einer dauerhaften Lösung von Problemen wie dem Klimawandel und der Sicherung der Wasser-, Energie- oder Nahrungsmittelversorgung. Weitere globale Herausforderungen mit generellen Auswirkungen in der EU und den AKP-Staaten bestehen in den Bereichen Frieden und Sicherheit (einschließlich Terrorismus, Extremismus und internationale Kriminalität), Umwelt (vor allem

Biodiversität), Migration, Gesundheit, Sicherheit und Finanzen (einschließlich der Themen internationale Finanzarchitektur, Finanzströme und Besteuerung).

Der Klimawandel ist ein gutes Beispiel für einen Bereich, in dem die EU eine Vorreiterrolle in der Welt einnimmt und an dem die AKP-Staaten ein besonderes Interesse haben, da einige dieser Regionen stark unter seinen Folgen leiden werden. Im Dezember dieses Jahres soll ein neues globales Klimaschutzübereinkommen verabschiedet werden. Die aktive Beteiligung der AKP-Staaten daran ist von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig verfügen viele AKP-Staaten über ein großes Potenzial in Bezug auf erneuerbare Energie und „blaues Wachstum“ – Bereiche, in denen erhebliche private Investitionen erforderlich sein werden.

1. In welchem Maße hat die Partnerschaft wirksam zur Bewältigung globaler Herausforderungen beigetragen?

2. Was wäre nötig, um in dieser Hinsicht bessere Ergebnisse zu erzielen, und bei welchen globalen Herausforderungen könnte die Partnerschaft künftig im Kontext der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung und der einschlägigen internationalen Foren den größten Mehrwert bringen?

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie gute Regierungsführung

Die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie eine gute Regierungsführung bilden das Fundament der AKP-EU-Partnerschaft. Diese Werte sind für ein Konzept für nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Zwar werden hier Fortschritte erzielt, doch besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf. Das CPA sieht verschiedene Formen des politischen Dialogs vor, u. a. einen regelmäßigen politischen Dialog (Artikel 8) und einen intensivierten politischen Dialog, sowie die Einleitung von Ad-hoc-Konsultationen bei Verstößen gegen wesentliche Elemente des Abkommens (Menschenrechte, demokratische Grundsätze und Rechtsstaatsprinzip) oder bei schwerer Korruption aufseiten eines Partnerlandes. In solchen Fällen sieht das Abkommen die Möglichkeit vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, auch die Aussetzung der Zusammenarbeit als letztes Mittel, wenn dies als notwendig erachtet wird (Artikel 96 und 97). Derartige Konsultationen wurden seit dem Jahr 2000 in 24 Fällen eingeleitet, davon in einem Korruptionsfall.

3. Wurden mit den im CPA vorgesehenen Mechanismen (d. h. politischer Dialog, finanzielle Unterstützung, „geeignete Maßnahmen“, Aussetzung des Abkommens) nennenswerte Verbesserungen in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung, einschließlich der Bekämpfung von Korruption, erreicht? Sollte die künftige Partnerschaft in dieser Hinsicht mehr bewirken und wenn ja, in welcher Weise?

4. War die Einbeziehung lokaler Behörden und nichtstaatlicher Akteure (d. h. zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Medien), der nationalen Parlamente, von Gerichten und nationalen Menschenrechtsinstitutionen in die Partnerschaft angemessen und nützlich für die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie der guten Regierungsführung? Könnten sie mehr beitragen und wenn ja, in welcher Weise?

Frieden und Sicherheit, Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität

Wie in Artikel 11 des CPA anerkannt wird, sind Frieden und Sicherheit Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und die Beseitigung der Armut und umgekehrt: So ist es fragilen oder von Konflikten betroffenen Ländern meist nicht gelungen, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Gewaltsame Konflikte zwischen Staaten haben zugenommen. Zur Bewältigung von Konflikten und Fragilität ist ein umfassender Ansatz erforderlich, der diplomatische, Sicherheits- und Entwicklungsinstrumente und eine Fokussierung auf die Konfliktprävention, die Friedenskonsolidierung und den Staatsaufbau (State-Building) miteinander kombiniert. Auch die Unterstützung demokratischer Prozesse gilt üblicherweise als Beitrag zu Frieden und Stabilität. Diese allgemeinen Aspekte sind integraler Bestandteil des politischen Dialogs zwischen den Partnern im Rahmen des CPA. Darüber hinaus waren die EU und die AKP-Staaten in den letzten Jahren mit überregionalen Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit Terrorismus und gewalttätigem Extremismus, mit allen Formen des illegalen Handels, wie Menschenhandel und Waffen- und Drogenhandel, sowie mit Piraterie konfrontiert. Diese Risiken werden durch das starke Bevölkerungswachstum in Afrika in Verbindung mit Problemen wie der raschen Verstädterung, der weiterhin bestehenden bzw. noch zunehmenden Ungleichheit und der hohen Arbeitslosigkeit vor allem junger Menschen noch verschärft. Viele dieser Probleme hängen über die Kontinente hinweg miteinander zusammen. Um sie erfolgreich anzugehen, müssen die EU und die AKP-Staaten ihre verschiedenen Instrumente in kohärenter Weise zum Einsatz bringen.

5. Sind die Bestimmungen des CPA über Frieden und Sicherheit angemessen und nützlich und stand die Beteiligung regionaler Organisationen und der AKP-Gruppe im richtigen Verhältnis zueinander?

6. Sollte die künftige Partnerschaft wirksamere gemeinsame Maßnahmen zur Konfliktprävention – auch im Hinblick auf Frühwarnung und Vermittlung, Friedenskonsolidierung und State-Building – sowie zur Bewältigung überregionaler Sicherheitsherausforderungen vorsehen? Sollte dies im EU-AKP-Kontext erfolgen?

Nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum, Investitionen und Handel

Die Förderung eines *nachhaltigen und inklusiven Wirtschaftswachstums* ist für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung und die Armutsminderung sowie für die Bewältigung der demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung. Auch wenn sich die Ergebnisse von Land zu Land und je nach Zeitpunkt unterscheiden, so hat die AKP-Region doch eine bemerkenswerte Wirtschaftsleistung erzielt, was zur Vergrößerung der heimischen Märkte und zur Eröffnung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten geführt hat. Auf der anderen Seite sind die Industrialisierung, Digitalisierung und wirtschaftliche Diversifizierung in vielen AKP-Staaten noch begrenzt. Armut und Ungleichheit wurden nicht im erhofften Maße abgebaut und Unterbeschäftigung und informelle Wirtschaft sind immer noch viel zu präsent. Nach wie vor muss die Resilienz der schwächsten Bevölkerungsgruppen gestärkt werden. Mit

einer Bevölkerung, die sich bis 2050 verdoppeln dürfte, und einer Fülle natürlicher Ressourcen ist das wirtschaftliche Potenzial Afrikas insgesamt weiterhin sehr groß. Eine nachhaltige Nutzung der Weltmeere, einschließlich der reichhaltigen Fischereiressourcen, der Aquakultur und der Bodenschätze, kann bedeutende wirtschaftliche Chancen und Investitionsmöglichkeiten bergen. Länder wie Brasilien, China und Indien positionieren sich in diesen Regionen strategisch durch verstärkte Präsenz, zunehmende Investitionen und engere Handelsbeziehungen und eine Zusammenarbeit in immer mehr Bereichen.

7. Wie wirksam hat die Partnerschaft zur Förderung einer nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen?

8. Sollte in dieser Hinsicht unter Berücksichtigung der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der künftigen Partnerschaft mehr getan werden und wenn ja, was?

Die Wahrung der **makroökonomischen Stabilität**, einschließlich der Stabilität des Finanzsystems, ist eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung. Viele AKP-Staaten konnten ihre makroökonomischen Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der hohen Wachstumsraten der vergangenen zehn Jahre verbessern, so dass manche von ihnen mehr internationales und inländisches Kapital mobilisieren konnten. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie negativ sich makroökonomische Instabilität auf den Lebensstandard auswirken kann und welche Ausstrahlungseffekte dies haben kann. Dies ist besonders relevant im Kontext einer zunehmend vernetzten Wirtschafts- und Finanzwelt mit zahlreichen aufstrebenden Volkswirtschaften und entsprechenden Finanzmärkten.

Trotz anhaltend hoher Wachstumsraten und einer Fülle an natürlichen Ressourcen ist es vielen Ländern nicht gelungen, im eigenen Land ausreichende Steuereinnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu erzielen. Die Schaffung fairer und effizienter Steuersysteme und -behörden bildet die Voraussetzung für nachhaltige Einnahmen. Außerdem sind weitere große Herausforderungen wie die Bekämpfung von Steuerumgehung, Steuerhinterziehung und illegalen Finanzströmen zu bewältigen.

9. Wie wirksam hat die Partnerschaft zur Förderung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität beigetragen? In welchen Bereichen würde die Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU in Bezug auf die makroökonomische und finanzielle Stabilität einen Mehrwert bringen?

10. Wie wirksam hat die Partnerschaft zur Mobilisierung inländischer Einnahmen, zur Förderung fairer und effizienter Steuersysteme und zur Bekämpfung illegaler Finanzströme beigetragen? Brächte eine stärkere diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU einen Mehrwert und mehr Effizienz?

Das bedeutende Potenzial von **privatwirtschaftlichem Engagement** in Kombination mit sozialen, traditionellen und kooperativen Wirtschaftsformen für die Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung wird zunehmend anerkannt. Die Finanzströme aus privaten Quellen – etwa Heimatüberweisungen, ausländische Investitionen oder Finanzierungen durch

institutionelle Investoren – sind bereits umfangreicher als diejenigen aus allen öffentlichen Quellen zusammen. Damit das Potenzial des Privatsektors in vollem Umfang genutzt werden kann, müssen günstige Bedingungen für Privatinitiativen, Handel und Finanzen, nachhaltige Investitionen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze erzeugt und der informelle Sektor in die formelle Wirtschaft integriert werden. Dies setzt auch eine große Bereitschaft von Unternehmen voraus, als Katalysator für private Investitionen in Bereichen, in denen Marktlücken bestehen, zu agieren und ein verantwortungsvolles Geschäftsgebaren zum Bestandteil ihrer grundlegenden Unternehmensstrategien zu machen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) kann als Katalysator für die Mobilisierung privater Finanzmittel für die nachhaltige Entwicklung dienen. Daher wurden Instrumente wie Mischfinanzierungen, Schuld- und Beteiligungsinvestitionen und andere innovative Finanzierungsformen eingeführt, insbesondere für die Verkehrs- und die Energieinfrastruktur. Ein nachhaltiger Energiesektor ist für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien könnten eine wichtige Rolle dabei spielen, Entwicklungsstufen zu überspringen, die digitale Kluft zu überbrücken und zur Entstehung von Wissensgesellschaften beizutragen. Ähnliches gilt für die wissenschaftliche und technologische Innovation in einem breiten Spektrum von Bereichen.

Besondere Aufmerksamkeit muss der **Land- und Viehwirtschaft** gewidmet werden, in der in vielen AKP-Staaten ein Großteil der Bevölkerung beschäftigt ist. Es handelt sich um einen Sektor mit großem Multiplikatoreffekt im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung und die Verringerung der Armut im ländlichen Raum. Allerdings steht die Entwicklung des Agrarsektors vor großen Herausforderungen wie dem Klimawandel, Preisschwankungen und der Erfüllung von Handelsnormen, etwa hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit.

11. Ist es mit Hilfe der Partnerschaft gelungen, nennenswert zur Mobilisierung des Privatsektors und zur Anziehung ausländischer Direktinvestitionen beizutragen?

12. Wie könnte das Potenzial des Privatsektors in der EU und den AKP-Staaten besser genutzt werden? Worauf sollte der Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten in Bezug auf den Privatsektor nach Auslaufen des CPA liegen und welche Rolle könnte die ODA dabei spielen?

13. Welche Möglichkeiten sehen Sie in diesem Kontext für die neue, digitale Wirtschaft?

14. In welchem Maße ist es mit der Partnerschaft gelungen, einen Beitrag zur landwirtschaftlichen Entwicklung und zum Ausbau des Agrarhandels zu leisten?

Der **Handel** und die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft bieten ein enormes Potenzial für die nachhaltige Entwicklung. Auf internationaler Ebene ist die Doha-Runde über die Handelsliberalisierung ins Stocken geraten. Die Gruppe der AKP-Staaten als Ganzes verzeichnete im letzten Jahrzehnt im Handel mit der EU durchgehend einen Überschuss und die EU ist nach wie vor der wichtigste Handels- und Investitionspartner der meisten AKP-

Staaten. Jedoch waren die Diversifizierung des Handels und der Handel zwischen den AKP-Staaten untereinander bisher begrenzt. Aufstrebende Volkswirtschaften bauen ihre Präsenz rasch aus. Im CPA-Kontext wurden die Handelsbeziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU auf eine neue Grundlage gestellt, indem mit den meisten AKP-Staaten auf Gegenseitigkeit beruhende – aber asymmetrische – Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ausgehandelt wurden. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stehen vollständig im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation. Das CPA bleibt das Rahmenabkommen für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die auf die Ziele und wesentlichen Elemente des CPA Bezug nehmen. Mit dem CPA wurden aber nicht nur die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als neue Form der AKP-EU-Handelsregelungen eingeführt, sondern es enthält auch Bestimmungen über die handelspolitische Zusammenarbeit, die sich auf den Dienstleistungshandel und für alle AKP-Staaten relevante Handelsbereiche erstreckt. Im Falle der AKP-Staaten, die kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen unterzeichnet haben, gilt für den Handel mit der EU das Allgemeine Präferenzsystem, einschließlich der Initiative „Alles außer Waffen“ für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), bzw. die Meistbegünstigung (Länder mit mittlerem Einkommen der oberen Einkommenskategorie und Länder mit höherem Einkommen).

15. Welchen Beitrag haben die im Rahmen der Partnerschaft gewährten Handelspräferenzen zur Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft und zur Verwirklichung ihrer Entwicklungsziele geleistet?

16. Besteht weiterhin Bedarf an besonderen Bestimmungen über die handelspolitische Zusammenarbeit nach dem Auslaufen des CPA, auch unter Berücksichtigung der AKP-Staaten, die kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen unterzeichnet haben? Wenn ja, worauf könnte/sollten sie sich erstrecken?

Menschliche und soziale Entwicklung

Heute steht die Welt vor zwei wesentlichen, miteinander zusammenhängenden Herausforderungen: Armutsbeseitigung, der im Rahmen des CPA großer Stellenwert eingeräumt wird und die auch das wichtigste entwicklungspolitische Ziel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt, und Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung in ihren drei Dimensionen. Bei der Beseitigung der Armut sind Fortschritte zu verzeichnen, doch sind die Ergebnisse je nach Region und Land sehr unterschiedlich. In vielen Ländern bestehen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern fort und Gewalt gegen Frauen und Mädchen unterminiert weiter die Anstrengungen zur Erreichung aller Ziele.

Wiederkehrende Krisen und Instabilität sowie eine Vielzahl möglicher externer Schocks gehören nach wie vor zu den Faktoren, die Entwicklungserfolge zunichtemachen und positive Trends umkehren können. Daraus ergibt sich eine noch stärkere Verknüpfung von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Nicht nur die Ärmsten könnten betroffen sein, sondern auch diejenigen, denen Armut droht, und selbst die neue Mittelschicht in den Schwellenländern. Die Resilienz dieser Gruppen muss daher gestärkt werden. Des Weiteren nimmt die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Wohlstand in der Welt immer

mehr zu. Die Ungleichheiten (in Bezug auf Einkommen, Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu sozialen Dienstleistungen, Geschlecht und zwischen verschiedenen Gruppen) haben einen negativen Einfluss auf die menschliche Entwicklung, was den sozialen Zusammenhalt untergräbt und zu politischer Instabilität und Unruhe beiträgt. Rasch an Bedeutung gewinnende Herausforderungen wie der Klimawandel, das starke Bevölkerungswachstum, die Jugendarbeitslosigkeit, die Verstädterung, die Migration und die Mobilität der Menschen müssen angegangen werden, um Rückschritte zu verhindern und weiter voranzukommen. Daher ist für die Förderung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung Politikkohärenz auf allen Ebenen erforderlich.

17. Wurde die mit der Partnerschaft angestrebte menschliche Entwicklung wirksam und effizient verwirklicht, insbesondere im Hinblick auf die Beseitigung der Armut sowie auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauenrechte? Welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es?

18. Was sind unter Berücksichtigung der neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung die wichtigsten Herausforderungen in Bezug auf die menschliche Entwicklung, auf die sich die künftige Partnerschaft konzentrieren sollte?

Migration und Mobilität

Migration und Mobilität sind sowohl innerhalb der AKP-Region und der EU als auch zwischen ihnen von größter Bedeutung. Die EU verfolgt einen umfassenden Ansatz für Fragen, die die Migration betreffen.

Die irreguläre Migration muss angegangen werden, ebenso wie die eigentlichen Ursachen für Migration wie Armut, Konflikte, Bevölkerungsdruck, Klima- und Umweltprobleme, Verstöße gegen die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit oder der Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen und eine unzureichende soziale Grundsicherung. Angesichts des beispiellosen Ausmaßes von Flucht und Vertreibung ist es von zentraler Bedeutung, dass neben humanitärer Hilfe auch systematisch auf entwicklungspolitischer Ebene gehandelt wird.

Die Unterstützung von Drittländern bei der Gestaltung einer wirksamen Migrationspolitik ist ebenfalls von Bedeutung. Die Chancen, die die Migration bietet, sollten genutzt werden, indem die legalen Migrations- und Mobilitätsmöglichkeiten ausgebaut werden, insbesondere zu wissenschaftlichen, kulturellen, beruflichen, Bildungs- und Ausbildungszwecken mit positiven Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Gesellschaft gleichermaßen.

Artikel 13 des CPA sieht einen AKP-EU-Dialog über Migration vor, der derzeit im Gange ist. Insbesondere muss wirksamer gegen die irreguläre Migration vorgegangen werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der entsprechenden kriminellen Netze und die Rückkehr und Rückübernahme von Personen ohne Aufenthaltsrecht in der EU. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Gewährleistung des Schutzes von Flüchtlingen und Asylsuchenden, wobei schutzbedürftigen Gruppen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

19. Hat sich die Partnerschaft als nützliches Instrument zur Erörterung von Migrationsfragen erwiesen und hat sie diesbezüglich einen positiven Beitrag geleistet? Wurde Artikel 13 des CPA uneingeschränkt angewandt?

20. Sollte im Rahmen einer künftigen Partnerschaft in dieser Hinsicht mehr getan werden und auf welchen besonderen Aspekten sollte der Schwerpunkt liegen (legale Migration und Mobilität, Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Migration, Rückkehr und Rückübernahme, Bekämpfung von Schleusung und Menschenhandel, internationaler Schutz)?

III. Auf dem Weg zu einer wirksameren Partnerschaft (die Frage nach dem „Wie“)

Ausgangspunkt dieses Abschnitts sind die Erkenntnisse, die im Zuge der langjährigen Beziehungen und insbesondere der Umsetzung des CPA gewonnen wurden. Mit den Fragen, die hier aufgeworfen werden, soll ausgelotet werden, wie die Partnerschaft wirksamer zur Förderung der Interessen sowohl der EU als auch der AKP-Staaten beitragen kann.

Eine stärkere politische Beziehung

Das CPA als rechtsverbindliches Abkommen bietet einen soliden Rahmen mit gemeinsamen Grundprinzipien. Es bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Gruppe der AKP-Staaten als Ganzes oder getrennt nach Ländern bzw. (Unter-)Regionen. Seine Umsetzung basiert auf einem breiten politischen Dialog, der auf verschiedenen Ebenen – der nationalen wie auch der regionalen – sowie im Rahmen der gemeinsamen AKP-EU-Organen stattfindet. Die EU-Mitgliedstaaten sind ebenfalls Vertragsparteien des CPA, was bedeutet, dass ihre bilateralen Beziehungen zu den AKP-Staaten auch unter das Abkommen fallen.

21. Wie erfolgreich war der politische Dialog und auf welcher Ebene bewirkt er am meisten: auf der nationalen, der regionalen oder der Ebene der gemeinsamen EU-AKP-Organen? Sollte der Anwendungsbereich des politischen Dialogs erweitert oder eingeschränkt werden?

22. Würde eine stärkere Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten und die Einbeziehung ihrer bilateralen Politiken und Instrumente in den politischen Dialog auf nationaler Ebene zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz des Dialogs beitragen?

23. War der Umstand, dass es sich um ein rechtsverbindliches Abkommen handelt, im Vergleich zu anderen regionalen Partnerschaften, die sich auf politische Erklärungen stützen, der Umsetzung dienlich?

Kohärenz des geografischen Geltungsbereichs

In geografischer Hinsicht hat sich der Umfang der AKP-EU-Partnerschaft im Laufe der Zeit beträchtlich erweitert. Mit Blick auf die Kohärenz und die Effizienz der Zusammenarbeit könnte es von Interesse sein, weitere Länder, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, in den übergreifenden Rahmen einzubeziehen. Das verstärkte Augenmerk auf den afrikanischen Kontinent als Ganzes führte 2007 zur Gründung der Partnerschaft Afrika-EU, an der auch die

nordafrikanischen Länder beteiligt sind, die keine CPA-Vertragsparteien sind. Südafrika ist zwar Vertragspartei, doch unterliegt es nicht allen Bestimmungen des CPA. Die meisten der am wenigsten entwickelten Länder der Welt gehören zur Gruppe der AKP-Staaten. Der Übergang zu einer „universalen Agenda“ mit Zielen für nachhaltige Entwicklung erleichtert einen einheitlichen Ansatz gegenüber dieser Ländergruppe. Vor diesem Hintergrund sollte auch der derzeitige geografische Geltungsbereich des CPA überdacht und die Frage geprüft werden, ob eine Erweiterung der Partnerschaft auf AKP-Ebene in Verbindung mit einer stärkeren regionalen Verankerung von Vorteil für die Vertragsparteien sein könnte. Die Ausgewogenheit und die Arbeitsteilung zwischen der Ebene EU/AKP-Gruppe als Ganzes und der Ebene EU/AKP-Regionen ist eine der zu untersuchenden Kernfragen. Je nach regionalem Kontext können in einigen Fällen Nachbarländer außerhalb des AKP-Rahmens einbezogen werden. So sind etwa die karibischen Staaten auch Mitglieder der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten.

24. Könnte es sinnvoll sein, den künftigen Rahmen für andere Länder als die derzeitigen Mitglieder der AKP-Staatengruppe zu öffnen? Welche Länder wären dies?

25. Was für ein Rahmen sollte für die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten gewählt werden? In welchem Verhältnis könnte der neue AKP-EU-Rahmen zu den in jüngerer Zeit geschlossenen Regionalpartnerschaften der EU mit AKP-Staaten stehen? Könnte ein künftiger AKP-EU-Rahmen verschiedene Partnerschaften mit regionalen Partnern umfassen?

26. Besteht Spielraum für die Einbeziehung stärker strukturierter Beziehungen zu Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Nordafrika?

Stärkere Ausrichtung der Zusammenarbeit auf Gruppen von Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand

Damit die Entwicklungshilfe der EU vorrangig dorthin fließt, wo sie am dringendsten benötigt wird, und einen größtmöglichen Beitrag zur Beseitigung der Armut leistet, hat die EU vor einiger Zeit den Grundsatz der Differenzierung noch stärker in den Vordergrund gerückt. Dadurch konnten eine Reihe von Partnerländern der EU hochgestuft werden und die Kategorie der Länder, die bilaterale Entwicklungshilfe erhalten, verlassen. Die letzten beiden Jahrzehnte haben gezeigt, dass innerhalb der AKP-Gruppe eine zunehmende Vielfalt von Entwicklungsmustern zu finden ist, wobei die Spannbreite von „boomenden“ Ländern mit mittlerem Einkommen bis hin zu Ländern reicht, die zu den am wenigsten entwickelten und fragilen Staaten gerechnet werden. Etwa die Hälfte der 79 AKP-Staaten gehören heute noch zu den am wenigsten entwickelten Ländern, während andere den Sprung in höhere Einkommenskategorien geschafft haben: Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich (11) oder im oberen Bereich (23) und Länder mit hohem Einkommen (4). Angesichts dieser Entwicklung sollte die Hochstufung von weiter entwickelten AKP-Staaten erwogen werden, die bislang Anspruch auf bilaterale Entwicklungshilfe haben. Innerhalb der einzelnen Länder herrscht weiterhin große Ungleichheit und Armut, einschließlich in wirtschaftlich besser gestellten Ländern. Es bedarf einer stärker auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenen Zusammenarbeit, z. B. in Form von technischer Hilfe, Wissenstransfer und

Forschung, so dass gemeinsam Lösungen gefunden und entwickelt werden können. Auf diese Weise kann den unterschiedlichen Herausforderungen, denen die AKP-Partner je nach Entwicklungsstand gegenüberstehen, besser Rechnung getragen werden.

27. Reicht das derzeitige System der Zuweisung von Entwicklungsressourcen auf der Grundlage des Bedarfs, der Kapazitäten und der Leistungen aus, um dafür zu sorgen, dass die Mittel bei denjenigen Ländern ankommen, in denen die größte Wirkung erzielt werden kann? Sollten bei der Zuweisung der Ressourcen weiterhin die bedürftigsten Länder, einschließlich fragiler Staaten, Vorrang erhalten?

28. Welche Art von Zusammenarbeit könnte dazu beitragen, die spezifischen Bedürfnisse der weiter entwickelten AKP-Staaten im Hinblick auf ein gerechteres und nachhaltigeres Wachstum zu berücksichtigen?

Stärkung der Beziehungen zu wichtigen Akteuren

Das CPA bietet einen Rahmen für umfassende und inklusive Beziehungen, die über die nationalen Regierungen hinausreichen und der Rolle der Parlamente, der lokalen Behörden und der nichtstaatlichen Akteure (Zivilgesellschaft, Privatsektor, Gewerkschaften) für die Entwicklung Rechnung tragen. Es definiert ihre Rolle sowohl im politischen Dialog als auch bei der Planung und Durchführung der Kooperationsprogramme. In der Praxis ist die Beteiligung einiger dieser Akteure bisher allerdings begrenzt und ihr Potenzial wird nicht voll ausgeschöpft.

29. Hat das derzeitige Modell der Einbeziehung von Interessenträgern dazu beigetragen, dass die Ziele der Partnerschaft in effizienter Weise erreicht werden konnten? Welche Akteure könnten in der Praxis eine größere Rolle in der Partnerschaft spielen? Wie könnte dies angegangen werden?

30. Was könnte getan werden, um eine wirksame und effiziente Beteiligung in- und ausländischer Privatunternehmen, der Zivilgesellschaft, der Sozialpartner und lokaler Behörden an der Partnerschaft zu fördern?

Inzwischen sind in der AKP-Region verschiedene neue Akteure im wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Bereich sehr präsent. Dazu gehören aufstrebende Volkswirtschaften wie Brasilien, China, Indien oder Indonesien sowie die arabischen Staaten am Persischen Golf und private Stiftungen. Darüber hinaus ist in einigen AKP-Staaten, die durchaus noch vor großen entwicklungspolitischen Herausforderungen stehen, mittlerweile das Bruttonationaleinkommen pro Kopf höher als in manchen EU-Mitgliedstaaten. Einige von ihnen leisten selbst Entwicklungshilfe für andere AKP-Staaten.

31. Sollte die Partnerschaft den obengenannten neuen Akteuren offenstehen?

32. Sollte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Öffnung der Partnerschaft für „assozierte Mitglieder“ oder für „Beobachter“ in Betracht gezogen werden?

33. Wie könnte ein neuer Rahmen die Dreieckskooperation und die Süd-Süd-Zusammenarbeit fördern und AKP-Staaten stärker als Entwicklungsakteure in die Unterstützung anderer AKP-Staaten einbeziehen?

Vereinfachung der institutionellen Strukturen und der Funktionsweise der Partnerschaft

Die Überprüfung der Partnerschaft sollte sich auch auf die institutionellen Strukturen und deren Funktionsweise im Hinblick auf eine bessere Entscheidungsfindung auf der geeigneten Ebene erstrecken. Im Laufe der Jahre sind eine ganze Reihe gemeinsamer Institutionen entstanden, auch im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Bei der Überprüfung sollte zudem berücksichtigt werden, dass Einrichtungen wie die Afrikanische Union und regionale Organisationen in Afrika, dem karibischen Raum (Cariforum) und dem pazifischen Raum (Pacific Island Forum) ihre Position auf der Weltbühne und insbesondere hinsichtlich ihrer Beziehungen zur EU gestärkt haben.

34. Haben die gemeinsamen institutionellen Strukturen (AKP-EU-Ministerrat, AKP-EU-Botschafterausschuss und Paritätische Parlamentarische Versammlung) wirksam zur Erörterung und Förderung von gemeinsamen Standpunkten und Interessen und zu politischen Leitlinien und Impulsen für die EU-AKP-Partnerschaft und die Umsetzung des CPA beigetragen?

35. Worin besteht der Mehrwert der gemeinsamen AKP-EU-Organe im Vergleich zu neueren regionalen Strukturen und den Strukturen regionaler Wirtschaftsgemeinschaften für den Dialog und die Zusammenarbeit?

36. Welche institutionellen Regelungen würden am wirksamsten zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen und zur Förderung gemeinsamer Interessen beitragen?

37. Sollten diese Strukturen (gemeinsame AKP-EU-Organe und AKP-Sekretariat) in höherem Maße von den AKP-Staaten selbst finanziert werden?

Bedarfsgerechtere und flexiblere Instrumente und Methoden der Entwicklungszusammenarbeit

Mit den Instrumenten und Methoden der Zusammenarbeit sollen die CPA-Grundsätze Ergebnisorientierung, Partnerschaft und Eigenverantwortung in die Praxis umgesetzt werden. Die Planung und die Durchführung der EEF-Programme erfolgen daher in gemeinsamer Verantwortung. So wurden Verfahren und Systeme entwickelt, um die Übernahme von Eigenverantwortung durch die Partnerländer und die Ausrichtung an ihrer Politik zu ermöglichen. Dem Nationalen/Regionalen/Intra-AKP-Anweisungsbefugten (NAO/RAO) kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Der Nationale Anweisungsbefugte ist ein hochrangiger Regierungsbeamter, der vom jeweiligen AKP-Staat benannt wird, diesen vertritt und für alle aus dem EEF finanzierten, gemeinsam verwalteten Maßnahmen mitverantwortlich ist. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Regierung bzw. die regionale Organisation sich die Maßnahmen in vollem Umfang zu eigen macht. Wie allerdings Evaluierungen gezeigt haben,

hat dies nicht immer zu dem erhofften effizienten Sektordialog und zu einer reibungslosen Umsetzung beigetragen, weshalb hier möglicherweise Überarbeitungsbedarf besteht.

Der EEF dient der Finanzierung von nationalen, regionalen und Intra-AKP-Programmen. Möglich sind auch Sondermaßnahmen und flexible Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe in Notsituationen und bei nicht vorhersehbaren Ereignissen.

Ferner werden die AKP-Partnerländer aus dem EU-Haushalt durch das Panafrikanische Programm und thematische Programme im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit⁵ unterstützt. Auch aus dem Stabilitäts- und Friedensinstrument⁶ sowie aus dem Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte⁷ werden zahlreiche Projekte in den AKP-Staaten finanziert. Diese Vielfalt der Instrumente birgt allerdings auch Herausforderungen hinsichtlich der Konzentration, Koordinierung und Komplementarität der EU-Entwicklungshilfe. Die Ausweitung der gemeinsamen Programmierung der Hilfe der EU und der Mitgliedstaaten zielt auf eine größere Wirkung und Wirksamkeit der EU-Hilfe ab.

38. Bringt ein spezifisches Finanzierungsinstrument zur Unterstützung der AKP-EU-Partnerschaft einen Mehrwert? Wenn ja, aus welchen Gründen und wie würde es sich von anderen Finanzierungsinstrumenten im Außenhilfebereich unterscheiden, die aus dem Gesamthaushaltsplan der Union finanziert werden? Ist ein solches Instrument flexibel genug, insbesondere um Krisensituationen zu bewältigen? Kann ein solches Instrument auch anders eingesetzt werden?

39. Welches ist der Mehrwert des EEF-Systems der gemeinsamen Verwaltung, bei dem die nationalen Behörden in die Planung und Verwaltung der Hilfsprogramme einbezogen werden, im Vergleich zu anderen EU-Instrumenten für die Zusammenarbeit mit Nicht-AKP-Staaten?

40. Gewährleistet die derzeitige Organisation des Programmierungsprozesses und der Durchführung der Maßnahmen eine echte Eigenverantwortung der Begünstigten? Was könnte verbessert werden? Wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten die gemeinsame Programmierung so wirksam wie möglich gestalten?

Die Formen der Durchführung der EU-Zusammenarbeit sind sehr unterschiedlich und reichen von Projekthilfe bis Budgethilfe. In letzter Zeit rückten Mischfinanzierungen, neu geschaffene EU-Treuhandfonds und die delegierte Zusammenarbeit mit EU-Entwicklungseinrichtungen und internationalen Organisationen zunehmend in den Vordergrund. Bei den Überlegungen zu der neuen Partnerschaft sollte auch über geeignete Kombinationen von Durchführungsmodalitäten (beispielsweise Gewährung von Darlehen statt Zuschüssen oder

⁵ Verordnung (EU) Nr. 233/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum 2014-2020.

⁶ Verordnung (EU) Nr. 230/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt.

⁷ Verordnung (EU) Nr. 235/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für weltweite Demokratie und Menschenrechte.

Übernahme von Investitions Garantien) nachgedacht und das Umfeld für eine effiziente und wirksame Finanzkontrolle und Rechenschaftspflicht verbessert werden.

Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) am Bruttonationaleinkommen hat sich im Falle vieler AKP-Staaten verringert. Daher muss das Instrumentarium für die finanzielle Zusammenarbeit weiterentwickelt werden, damit die ODA-Mittel der EU möglichst effizient zur Verwirklichung der übergeordneten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit beitragen. Synergien mit anderen Finanzierungsquellen, die Mobilisierung weiterer Umsetzungsmittel (einschließlich privater Initiativen und Investitionen) oder der Rückgriff auf Instrumente wie Twinning⁸ oder TAIEX⁹ zwecks Wissenstransfer könnten in Erwägung gezogen werden.

41. Werden die gemeinsamen Grundsätze und Interessen der EU und der AKP-Staaten mit den verschiedenen bestehenden Instrumenten angemessen gefördert? Gibt es Lücken, die beseitigt werden sollten? Wie schätzen Sie die Wirksamkeit und Effizienz der verschiedenen Durchführungsmodalitäten ein?

42. Sollte von den AKP-Staaten eine stärkere finanzielle Beteiligung gefordert werden, damit die Übernahme von Eigenverantwortung sichergestellt ist? Würde dies für alle Länder gelten? Auf welche Grundsätze sollte sich dies stützen?

43. Wie kann das in der EU und ihren Mitgliedstaaten vorhandene Fachwissen besser mobilisiert werden, insbesondere für die Länder mit mittlerem Einkommen?

⁸ Twinning bringt Experten des öffentlichen Sektors der EU-Mitgliedstaaten und der Empfängerländer zusammen und zielt auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit.

⁹ TAIEX ist das Instrument für Informationsaustausch und technische Hilfe der Europäischen Kommission für die Erweiterungs- und Nachbarschaftsländer. Es dient der Unterstützung der öffentlichen Verwaltung bei der Übernahme, Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der EU und erleichtert den Austausch über bewährte Verfahren der EU.